

Inhaltsübersicht

Fall 1: Der verweigerter Ersatzbau (Lang/Seidel) – Schwerpunktprobleme:

Verpflichtungsklage; Bauvorbescheid als Verwaltungsakt; Anspruch auf Erteilung eines Bauvorbescheids in Form der sog. Bebauungsgenehmigung; Veränderungssperre bei Aufgabe des ursprünglichen Planungsziels; bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens am Maßstab von § 33 BauGB (Planreife) und § 35 BauGB (Außenbereich); erweiterter Bestandsschutz nach § 35 Abs. 4 BauGB; erweiterter Bestandsschutz unmittelbar aus Art. 14 GG?; Klage einer Gemeinde gegen eine Baugenehmigung, durch die das von ihr verweigerter Einvernehmen ersetzt wird; Notwendigkeit zweier Anfechtungsklagen oder § 44a VwGO?; materielle Planungshoheit und Reichweite des § 36 BauGB; das Verhältnis der Ersetzungsregelungen in § 36 Abs. 2 S. 3 BauGB und Art. 67 BayBO

1

Fall 2: Die Großinvestorin (Stendel) – Schwerpunktprobleme:

einstweiliger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO; Zulässigkeit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO vor Einlegung eines Hauptsacherechtsbehelfs; Beteiligten- und Prozessfähigkeit einer Scheinauslandsgesellschaft; Niederlassungsfreiheit; Baueinstellungsverfügung zur Durchsetzung der Genehmigungspflicht nach § 145 BauGB; selbständige Anfechtung von Nebenbestimmungen; einstweiliger Rechtsschutz gegen Bauvorbescheide; Anwendung des § 212a BauGB auf den Bauvorbescheid

29

Fall 3: Ein unsportlicher Bebauungsplan (Seidel) – Schwerpunktprobleme:

Normenkontrollantrag gem. § 47 VwGO; Antragsbefugnis eines Fußballvereins als Eigentümer des Sportplatzgeländes wegen heranrückender Wohnbebauung; Normenkontrollverfahren als objektives Rechtsbeanstandungsverfahren; beschleunigtes Verfahren (§§ 13a, 13b BauGB); Ausschluss eines Ratsmitglieds wegen persönlicher Beteiligung; Ermittlungs- und Bewertungsdefizit (am Maßstab von § 2 Abs. 3 BauGB); Ausfertigung und Bekanntmachung eines Bebauungsplans; kein Festsetzungsfindungsrecht der Gemeinde; Gebot der Normenklarheit; Erforderlichkeit eines Bebauungsplans (§ 1 Abs. 3 S. 1 BauGB); Anpassungsgebot (§ 1 Abs. 4 BauGB); Entwicklungsgebot (§ 8 Abs. 2 BauGB); Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7 BauGB, Planungsermessen und Abwägungsfehlerlehre); Planerhaltung (§§ 214, 215 BauGB); Fehlerheilung im ergänzenden Verfahren (§ 214 Abs. 4 BauGB); Antragsbefugnis einer Nachbargemeinde; interkommunales Abstimmungsgebot (§ 2 Abs. 2 S. 1 BauGB); Schadensersatzanspruch aus cic im Zusammenhang mit einem städtebaulichen Vertrag; Amtshaftung

47

Fall 4: Zwei Hütten im Außenbereich (Seidel) – Schwerpunktprobleme:

Eilantrag auf Wiederherstellung/Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Anfechtungsklage; Baueinstellungsverfügung mit Zwangsgeldandrohung; Adressatentheorie; Entbehrlichkeit einer Anhörung; Vorbehalt des Gesetzes; Tatbestandsvoraussetzungen einer Baueinstellungsverfügung; richtiger Maßnahmenadressat; intendiertes Ermessen; Anfechtungsklage gegen eine bauordnungsrechtliche Beseitigungsanordnung; Heilung eines Anhörungsmangels; Legalisierungswirkung einer Baugenehmigung; Abgrenzung zwischen genehmigungspflichtiger Sanierung und genehmigungsfreier Instandhaltungsmaßnahme; bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Wochenendhauses gem. §§ 29, 35 Abs. 2, Abs. 4 BauGB; Tatbestandsvoraussetzungen und Ermessen bei einer bauordnungsrechtlichen Nutzungsuntersagung; Verfügung der Vorlage eines Standsicherheitsnachweises (bauordnungsrechtlicher Gefahrerforschungseingriff)

81

Fall 5: Heranrückende Wohnbebauung (Seidel) – Schwerpunktprobleme:

Normenkontroll-Eilantrag gem. § 47 Abs. 6 VwGO; Antragsbefugnis des Eigentümers eines lärmemittierenden Gewerbebetriebs im Außenbereich gegen eine Einbeziehungssatzung (§ 34 Abs. 4 BauGB); Tatbestandsvoraussetzungen des § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 3 BauGB als Satzungs-ermächtigung; Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 7, § 2 Abs. 3 BauGB); Eilantrag des Nachbarn auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung seiner Anfechtungsklage gegen eine Baugenehmigung (§ 80a Abs. 3, § 80 Abs. 5, § 212a Abs. 1 BauGB); Verwaltungsakt mit Dritt-/Doppelwirkung; Genehmigungsabwehranspruch des Nachbarn; Schutznormtheorie; Art. 14 GG und Klage-/Antragsbefugnis des Nachbarn; Nachbarbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren; zeitliche Grenzen der Widerrufbarkeit der nachbarlichen Zustimmung; Nachbarschutz aus dem bauplanungsrechtlichen Gebot der Rücksichtnahme; TA Lärm als normkonkretisierende Verwaltungsvorschrift; Pächter als Nachbar iSd Bauplanungsrechts? 117

Fall 6: Das dörfliche Bauunternehmen (Seidel) – Schwerpunktprobleme:

Verpflichtungsklage (Versagungsgegenklage); Anspruch auf Baugenehmigung (Art. 68 Abs. 1 S. 1 BayBO); bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens am Maßstab von § 34 BauGB (unbeplanter Innenbereich); vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren (Art. 59 BayBO); Sachbescheidungsinteresse; Abgrenzung „faktisches Dorfgebiet“ – Gemengelage; räumliche Abgrenzung der prägenden Umgebung; wesentlich störender Gewerbebetrieb; Fremdkörper; (Nachbar-) Anfechtungsklage gegen eine Baugenehmigung; Schutznormtheorie; Gebietserhaltungsanspruch, bauplanungsrechtliches Gebot der Rücksichtnahme; Möglichkeit eines Bescheidungsurteils wegen mangelnder Spruchreife (§ 113 Abs. 5 S. 2 VwGO) im Fall eines sog. „steckengebliebenen“ Genehmigungsverfahrens; nachbarrechtswidrige Unbestimmtheit einer Baugenehmigung (Art. 37 Abs. 1 BayVwVfG) 145

Fall 7: Bauen ohne Baugenehmigung (Lang) – Schwerpunktprobleme:

Allgemeine Leistungsklage; Abgrenzung von Verpflichtungs- und allgemeiner Leistungsklage; Baugenehmigungsfiktion; Abgrenzung von Wohnnutzung und Beherbergung; Boardinghouse; Antragsablehnung nach Eintritt der Genehmigungsfiktion; Unwirksame Verlängerung der Genehmigungsfrist; bauaufsichtliches Einschreiten bei Genehmigungsfiktion; Baueinstellung; Rücknahme einer fingierten Baugenehmigung; Beschränkung des Rücknahmemeermessens 171

Fall 8: Hilfsbereitschaft mit Hindernissen (Stendel) – Schwerpunktprobleme:

Verpflichtungsklage; Klagebefugnis eines Nichteigentümers bei Verpflichtungsklage gerichtet auf die Erteilung einer Baugenehmigung; Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG; Sachbescheidungsinteresse bei Bauanträgen; bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans; ausnahmsweise Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften im Gewerbegebiet; der bauplanungsrechtliche Wohnbegriff; Gebietsunverträglichkeit; § 246 Abs. 10 bis 12 BauGB und deren Anwendungsvoraussetzungen; Dispens nach § 31 Abs. 2 BauGB und die Berührung der Grundzüge der Planung bei befristeten Vorhaben; Anwendbarkeit des § 36 BauGB bei Identität von Gemeinde und Baugenehmigungsbehörde aber innergemeindlich abweichender Organzuständigkeit; Kostenersatz für bauordnungsrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Ersatzvornahme; (Un-)Beachtlichkeit der Rechtswidrigkeit der Grundverfügung; Ermessen bei Kostenbescheiden 191

Fall 9: Das Mehrfamilienhaus (Seidel/Lang) – Schwerpunktprobleme:

(Nachbar-) Anfechtungsklage gegen eine Baugenehmigung; Schutznormtheorie; Bemessung der Klagefrist unter Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben bei fehlender Zustellung der Baugenehmigung an den Nachbarn; Verwirkung eines Anfechtungsrechts; unterbliebene Nachbarbeteiligung (Art. 66 BayBO); Nachbarschutz bei (rechtswidriger) Befreiung von einer Festsetzung des Bebauungsplans (§ 31 Abs. 2 BauGB); Nachbarschutz aus Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung und zur überbaubaren Grundstücksfläche (Konsequenzen aus der „Wannsee-Entscheidung“ des Bundesverwaltungsgerichts?); Nachbarschutz unter dem Gesichtspunkt eines „Gebietsprägungserhaltungsanspruchs“?; Nachbarschutz aus Art. 6 BayBO

(Abstandsflächenrecht); Nachbarschutz aus dem Rücksichtnahmegebot wegen erdrückender/abriegelnder Wirkung, Lichtenzugs/Verschattung, unzumutbaren Einblickmöglichkeiten?	207
Fall 10: Störende Grenzgebäude (Seidel) – Schwerpunktprobleme:	
Nachbarschutz im vereinfachten Genehmigungsverfahren; Verbot von Öffnungen in einer (Quasi-)Brandwand; Nachbarschutz aus Art. 6 BayBO (Abstandsflächenrecht – Besonderheit: Art. 6 Abs. 1 S. 3 BayBO); Eilantrag gem. § 123 VwGO mit dem Ziel einer (vorläufigen) Baueinstellung gem. Art. 75 BayBO (Abgrenzung zum Antrag gem. § 80a Abs. 3, § 80 Abs. 5 VwGO, § 212a Abs. 1 BauGB); Abgrenzung Sicherungs-/Regelungsanordnung; Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund; bauordnungsrechtliche Eingriffsbefugnisse und Nachbarschutz; Ermessensreduzierung; Grenzgarage mit (ungenehmigter) Dachterrasse; Anspruch des Nachbarn auf Nutzungsuntersagung bzw. auf ermessensfehlerfreie Entscheidung hierüber; Verwirkung des nachbarlichen Schutzanspruchs auf bauordnungsrechtliches Eingreifen	233
Fall 11: Neues Leben auf den Konversionsflächen (Stendel) – Schwerpunktprobleme:	
Anfechtungsklage; bauaufsichtsrechtliches Einschreiten gegen eine noch nicht begonnene Nutzung; Reichweite des Bestandsschutzes einer Baugenehmigung; bauplanungsrechtlicher Begriff der Wohnnutzung und die Bedeutung der wohnenden Personen für das Bauplanungsrecht; zeitliche Grenzen der Bestandskraft einer Baugenehmigung; einstweiliger Rechtsschutz; Anträge nach § 80 Abs. 5 VwGO gegen formelle Verwaltungsakte; Bestimmtheit eines Verwaltungsakts nach § 37 Abs. 1 LVwVfG; Grenzen zulässiger Bedingungen als Nebenbestimmungen zu einem Verwaltungsakt	255
Fall 12: Tabuzonen für Steinbrüche (Seidel) – Schwerpunktprobleme:	
Normenkontrollantrag des Pächters eines Steinbruchs gegen einen gemeindlichen Teilflächennutzungsplan mit der Darstellung von Konzentrationsflächen für Hartgesteinsabbau (§ 35 Abs. 3 S. 3 BauGB); Bewertungsmangel (Verstoß gegen § 2 Abs. 3 BauGB) wegen fehlerhafter Behandlung von Siedlungsabständen als „harte Tabuzonen“; unterbliebene Ermittlung der Eignung ausgewählter Konzentrationsflächen für die privilegierte Nutzung; Aussetzung eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens analog § 94 VwGO bei anhängigem Normenkontrollverfahren	271
Fall 13: Vorfeldmaßnahmen (Lang) – Schwerpunktprobleme:	
Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung vor Klageerhebung; Identitätsfeststellung; Polizeirechtsfestigkeit des Versammlungsrechts; Schutzbereich der Versammlungsfreiheit; Eingerichtete Kontrollstelle für Vorfeldmaßnahmen; Gefahrenschwelle bei Identitätsfeststellung; Inge-wahrsamnahme; Konventionskonformität des Unterbindungsgewahrsams; Berücksichtigung der EMRK im deutschen Recht; Durchsetzungsgewahrsam; Gefährderanschriften	291
Fall 14: Polizei hautnah (Lang) – Schwerpunktprobleme:	
Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung vor Klageerhebung; polizeiliche Generalklausel; Polizeirechtsfestigkeit des Presse- und Versammlungsrechts; Konflikt zwischen Recht am eigenen Bild und Kommunikationsfreiheit; Filmen von Polizeieinsätzen; polizeilicher Schutz privater Rechte; Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten; Allgemeines Persönlichkeitsrecht von Amtsträgern	313
Fall 15: Abgeschleppt (Lang) – Schwerpunktprobleme:	
Anfechtungsklage; Rechtmäßigkeit eines Kostenbescheids im Polizeirecht; Abgrenzung zwischen Sicherstellung, Ersatzvornahme/sofortigem Vollzug und unmittelbarer Ausführung; Verkehrszeichen; polizeiliche Generalklausel; polizeiliche Handlungsgrundsätze gem. Art. 4 PAG; Verantwortlichkeit gem. Art. 7 und 8 PAG; sog. „Münchener Modell“; Amtshaftung im Zusammenhang mit Beschädigungen anlässlich des Abschleppvorgangs, der von einem privaten Abschleppunternehmer durchgeführt wird	335

Fall 16: Der Kampf um eine menschenwürdige Unterkunft (Stendel) – Schwerpunktprobleme:
 einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 Abs. 1 VwGO; Anspruch auf polizeiliches Einschreiten; rechtliche Grundlage einer Einweisungsverfügung; unfreiwillige Obdachlosigkeit als Gefahr für die öffentliche Sicherheit; Anforderungen an den zumutbaren Eigenaufwand zur Beseitigung der Obdachlosigkeit; Ermessensreduzierung auf Null; Anforderungen an bereitgestellte Unterkünfte; Menschenwürdegarantie; Vorwegnahme der Hauptsache; Überschreitung der Hauptsache; einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80a Abs. 3, 80 Abs. 5 VwGO; statthafter Rechtsbehelf bei Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Adressatin eines sie belastenden Verwaltungsakts, der Dritte begünstigt; allgemeines Rechtsschutzbedürfnis bei Anträgen nach §§ 80a Abs. 3, 80 Abs. 5 VwGO; Anforderungen an die Begründung einer Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 3 S. 1 VwGO; Ermächtigungsgrundlage für Einweisungsverfügungen gegen eine Wohnungseigentümerin; polizeilicher Notstand; staatshaftungsrechtliche Ansprüche nach Zerstörung einer beschlagnahmten Wohnung durch Dritte; Reichweite des Entschädigungsanspruchs von Nichtverantwortlichen

357

Fall 17: „Montagsspaziergänge“ in der Kurpfalz (Stendel) – Schwerpunktprobleme:
 Fortsetzungsfeststellungsklage bei vorprozessualer Erledigung des streitgegenständlichen Verwaltungsakts analog § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO; besonderes Feststellungsinteresse bei Fortsetzungsfeststellungsklagen; Schutzbereich der Versammlungsfreiheit (insbesondere: „Montagsspaziergänge“ als Versammlungen); Erforderlichkeit eines Vorverfahrens und der Einhaltung der Klagefrist bei Fortsetzungsfeststellungsklagen analog § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO; Auswirkungen vorangegangener Eilrechtsentscheidungen gegen den Verwaltungsakt auf den Hauptsache-rechtsbehelf einer anderen Person; Rechtmäßigkeit eines Versammlungsverbots per Allgemeinverfügung; Verhältnis zwischen IfSG (und auf dieser Grundlage ergangener Verordnungen) und VersammlG; Anforderungen an ein präventives Versammlungsverbot im Wege der Allgemeinverfügung

377

Fall 18: Kampfhundeverordnung (Lang) – Schwerpunktprobleme:
 Polizeiliches Einschreiten zur Unterbindung eines Normverstoßes; Prüfung der polizeilichen „Aufgabe“; Subsidiarität und sicherheitsbehördliche Weisung; Sicherstellung; sicherheitsrechtlicher Verordnungserlass; selbständige und unselbständige polizeiliche Verfügungen; Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung; Verhältnismäßigkeit der Vermutung der Kampfhundeeigenschaft für bestimmte Hunderassen; Verbot mit Erlaubnisvorbehalt; Bestandsschutz und Rückwirkung; der Begriff der „abstrakten Gefahr“; Anordnung bzw. Feststellung der aufschiebenden Wirkung sowie vorläufige Aufhebung des Vollzugs (§ 80 Abs. 5 VwGO)

397

Fall 19: Grenzenloser Zustandsstörer (Lang) – Schwerpunktprobleme:
 Einstweiliger Rechtsschutz; Anordnung der sofortigen Vollziehung; sicherheitsrechtliche Generalklausel; Zustandsstörer, Haftung für Naturereignisse; verfassungsrechtliche Begrenzung der Zustandsstörerhaftung; Zwangsgeldandrohung; Rechtsnachfolge in die sicherheitsrechtliche Verantwortlichkeit; Statthafte Klageart gegen Feststellung der Rechtsnachfolge; dinglicher Verwaltungsakt

419

Fall 20: Gefährliche Seen (Stendel) – Schwerpunktprobleme:
 rechtsberatende Aufgabenstellung; Handlungsmöglichkeiten zur Einschränkung der Nutzung eines Sees; Abgrenzung zwischen Wasserrecht, Naturschutzrecht, Waldrecht und allgemeinem Polizeirecht; Auslegung unbekannter Rechtsnormen; Rechtmäßigkeit einer Rechtsverordnung; Selbstgefährdungen als Gefahr für die öffentliche Sicherheit; Verhältnismäßigkeit; Abgrenzung zwischen Rechtsverordnung und Allgemeinverfügung; Abgrenzung zwischen konkreter und abstrakter Gefahr; Unterschiede zwischen Rechtsverordnung und Allgemeinverfügung

437

Fall 21: Stolperfalle E-Scooter (Stendel) – Schwerpunktprobleme:
 einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 Abs. 1 VwGO; Abgrenzung zwischen Sicherungs- und Regelungsanordnung; Schutznormlehre; Anspruch auf straßenrechtliches Einschreiten; notwen-

dige Beiladung; Abgrenzung Sondernutzung/Gemeingebrauch bei „free-floating-Konzepten“ zur Vermietung von E-Scootern; verfassungskonforme Auslegung des Straßenrechts; Grundrechtsberechtigung einer privatrechtlichen Gesellschaft in öffentlicher Hand; Grundrechtsberechtigung einer privatrechtlichen Gesellschaft in der Hand eines ausländischen Staates, der Mitglied der Europäischen Union ist; Anforderungen an eine straßenrechtliche Untersagungsverfügung; Ermessensreduzierung auf Null	457
Sachverzeichnis	471